

Streben nach Kenntniß der Gewerbe erhöht. Aber einen solchen Antrag zu stellen, kann ich nicht beitreten, sondern ich würde ihn, wenn einmal ein Antrag gestellt werden soll, so modificiren, daß die Regierung ersucht werde, den Ständen deshalb einen Plan vorzulegen; denn ehe wir Geld bewilligen, muß doch vorher gesagt werden, wie soll die Sache eingerichtet werden. Uebrigens muß ich aufmerksam machen, daß der Staat nicht immer der beste Verwalter, sondern sehr oft der schlechteste ist, und um meine Bemerkungen nicht zu wiederholen, muß ich sie gleich auf den 4. Antrag erstrecken; auch in Beziehung auf diesen habe ich dasselbe zu erwähnen. Es wird sich bei dem Budget zeigen, was wir bewilligen können, aber unbedingt zu sagen, die Regierung soll diese Schulen vermehren, scheint mir nicht rathsam; man muß erst wissen, wie hoch sich die Summe beläuft, und wie die Einrichtungen sind.

Der Präsident: In der Hauptsache bin ich mit dem Abg. v. Thielau einverstanden; es scheint nothwendig zu sein, daß ein fester Plan zur Grundlage dienen muß. Beispiele von Jahrhunderten haben gezeigt, daß oft viele Summen verschwendet worden sind, ohne einen Vortheil zu gewähren; aber höchst nützlich würden solche Anstalten für unser Land sein; wir sind durch die Eigenthümlichkeit unseres Landes und durch den regen Fleiß der Bevölkerung auf Industrie und Gewerbe hingewiesen, und daher dieser Gegenstand von höchster Wichtigkeit ist. Ohne auf das Einzelne über zu gehen, will ich nur das Einzige erwähnen, daß es vorzüglich nothwendig ist, für unsere Gewerbschulen, welche sich an mehreren Orten etabliren, einen Hauptcentralpunct zu bilden, damit sich die jungen Leute in der Kenntniß der Industrie und Gewerbe immer mehr ausbilden, und das ist die polytechnische Anstalt. Unser Land ist nicht groß, aber es mangelt nicht an talentvollen Köpfen, welchen hier Gelegenheit gegeben werden kann, sich auszubilden. Soll aber eine polytechnische Anstalt mehreren Vortheil gewähren, so dürfen nicht halbe Maßregeln genommen werden, sondern es muß eine solche Anstalt auf den Punct gebracht werden, wie wir sie in andern Staaten, namentlich in Frankreich und Preußen sehen. Was wir im industriellen Leben leisten können, haben die Erfolge unsrer Industrie gelehrt; aber wir dürfen die Sache auch nicht überschätzen, wir müssen vorwärts und nicht zurückschreiten; daher mein Antrag mit Rücksicht auf das, was der Secr. Richter gesagt, dahin geht, daß man beim Budget bedacht sei, die dort ausgesetzte Summe auf eine Art zu verwenden, wodurch etwas Vorzügliches bezweckt werde.

Der Vicepräsident: Ich habe in dem Antrage nicht gefunden, daß man sich schon jetzt über die Bewilligung aussprechen soll, sondern ich habe ihn so verstanden, daß die Kammer sich im Allgemeinen dafür aussprache, und bei dieser Gelegenheit sich verpflichtet fühle, erkennen zu geben, wie sehr ihr die Gewerbe am Herzen liegen.

Abg. Mour: Ich muß dem beistimmen, was die Abgg. Richter und v. Thielau geäußert. Das Bedenken, in die Sache weiter einzugehen, ist vorzüglich das, daß die Sache zu wenig vorbereitet ist; dann glaube ich auch, daß der Staat

der Industrie nicht vorgreife, nicht in dieselbe einwirke. Die Industrie hat nur dann einen guten Fortgang, wenn sie selbst wirkt, der Staat muß mehr passiv, als activ sein. Endlich habe ich das Bedenken, daß, wenn Gewerb- und Industrieschulen errichtet werden sollen, ein sehr großer Aufwand erforderlich ist. Der Referent hat dieses selbst anerkannt, daß erstaunliche und bedeutende Kosten darauf zu verwenden seien. Einen Antrag im Allgemeinen zu stellen, kann ich nicht angemessen finden, und ich glaube, es wäre besser, die Beschlußnahme darüber abzubrechen.

Abg. und Referent Art: Man hat gegen den 3ten Punct Mehreres vorgebracht, und namentlich hat der Abg. v. Thielau von einer unbestimmten Bewilligung gesprochen. Ich kann diese aber im Berichte nicht finden, sondern ich finde bloß eine Empfehlung an die Staatsregierung, dergleichen Schulen anzulegen; allein über den Plan sich weiter auszulassen, wird Niemand der Deputation zumuthen, um so weniger, da dergleichen Versprechungen von der Regierung schon gemacht sind, auch dergleichen Voranschläge da liegen, und von der Regierung zu erwarten ist, daß sie keine Ausgabe macht, welche nicht im Einverständnisse mit dem ist, was der Plan besagt; ich glaube, es ist hier bloß von einer Empfehlung die Rede. Ob der Grundsatz richtig, daß der Staat kein guter Verwalter sei, will ich nicht widerstreiten, ob derselbe aber bei Schulen ausgesprochen werden solle, das, gestehe ich offenherzig, kann ich nicht annehmen; denn da sind große Ausgaben erforderlich, und wenn der Staat nicht mitwirkt, so sieht man, wie kümmerlich sich die Sache gestaltet. Aber auch davon ist nicht die Rede gewesen, dergleichen Anstalten zu Staatschulen zu machen, sondern der Staat soll nur beihelfen. Wenn ferner der Abgeordnete sagt, man könne noch nicht sagen, worauf es abgesehen sei; nun auf Gewerbschulen ist es abgesehen, und da diese Gewerbschulen seit einem Jahrzehend sehr bekannt sind, wird man wohl wissen, auf was es abgesehen ist, wenn man von Gewerbschulen spricht. Wie sie angelegt werden sollen, das ist etwas anderes; es sind bedeutende Zweifel von Theoretikern und Praktikern darüber aufgestellt worden; aber es ist nur davon die Rede, daß die Gewerbe gehoben werden sollen.

Abg. v. Thielau: Ich wollte nur fragen, ob nicht eine Bewilligung darin liege, wenn man sagt, man empfehle der Regierung die Errichtung von Schulen. Wenn beide Nammern diese Empfehlung aussprechen, so scheint doch der Wunsch darin zu liegen, daß die Schulen errichtet werden, und es ist natürlich, daß hierin die Bewilligung wenigstens indirect enthalten ist, weil man ohne solche keine Schulen errichten kann. Ich wollte gar nicht auf die Sache weiter eingehen, da sie noch nicht reif ist; denn wollten wir über die Gewerbschulen im Specieellen sprechen, so würde ich mir auch vorbehalten, meine Ansichten über diese Sache bestimmter auszusprechen. Ich glaube, daß die Kammer diese Sache auf sich beruhen lassen möge. Sollte aber die Kammer dem nicht beipflichten, so wäre es nothwendig, eine besondere Debatte darüber zu eröffnen.

Staatsminister v. Rönneritz: Es herrscht nicht eine solche